

ker in unserer Region“ eintreten. Andere halten Aussagen wie die von durch Israelis „gefolterten und entstellten Leichnamen“ für „absolut unerträglich“ und „israel-feindlich“ (Ehrlich, a.a.O., S. 271). Unberechtigt und gegenstandslos sind weder die Klagen der Palästinenserinnen noch auch mancherlei Vorbehalte gegenüber der Gottesdienstvorlage.

Den Palästinenserinnen wird von den Kritikern und Kritikerinnen andererseits durchaus nicht das „Recht auf Subjektivität“ (Ehrlich, a.a.O., S. 272) abgesprochen. Der Streit ist daher letztlich auch keine Auseinandersetzung *pro oder kontra kontextuelle*

*Liturgie.* Zum Problem wird diese Liturgie für manche Kritiker erst durch die Tatsache, daß sie im Rahmen des Weltgebetstags der Frauen weltweit in die unterschiedlichsten Kontexte übertragen wird, ohne daß deren je verschiedene Bedingungen – im Fall Deutschlands: die historisch besonders belasteten Beziehungen zu den Juden, zum Judentum und zum Staat Israel – zumindest in der vom Weltgebetstagskomitee verbreiteten Liturgie hinreichend berücksichtigt werden. Insofern bedeutet der Streit um die Texte der Palästinenserinnen schon auch eine generelle Anfrage an die Arbeitsweise der Weltgebetstage. *K.N.*

besondere Verantwortung der Religionen für den Frieden betonte, beendete er mit dem spontanen Zuruf an die Menschen „in den gemarterten Ländern“: „Ihr seid nicht verlassen, wir sind mit euch und werden immer mehr mit euch sein.“

### Nicht die „faule Frucht der Vernichtung“ als Lösung

Im Zentrum der zahlreichen vatikanischen Aufrufe an die politisch Verantwortlichen steht jedoch die Mahnung zu einem „gerechten Frieden“. Die deutlichste Absage an Kompromißlösungen, die gegen geltende Prinzipien des Völkerrechtes verstoßen, fand sich dabei in einem Appell der päpstlichen Kommission „Justitia et Pax“, veröffentlicht im Vorfeld des Gebetstages am 23. Januar. Darin heißt es: Eine Lösung auf der Grundlage von Vertreibungen und Vernichtung, ein Frieden unter ungerechten Bedingungen könne nie dauerhaft sein. Völker sich gegenseitig umbringen zu lassen und auf einen Frieden zu warten, der die „faule Frucht der Erschöpfung oder Vernichtung“ wäre, käme einer verbrecherischen Unterlassung von Hilfe gleich. Ein gerechter und dauerhafter Frieden sei aber auch auf dem Balkan möglich, trotz des Geschehenen. Man dürfe nicht in Resignation und Fatalismus verfallen. Seine Hoffnungen bekräftigte der päpstliche Rat mit der Erinnerung daran, daß bis vor wenigen Jahren Bosnien-Herzegowina ein „beispielhaftes Zeugnis von Toleranz und authentischem, wenn auch schwierigem Zusammenleben“ gegeben habe. (Wortlaut der Erklärung im Ergänzungsband zu Ausgabe Nr.18 vom 23.1.94 des Osservatore Romano.)

Im Zusammenhang mit dem „Sonder“-Weltgebetstag fand im Vatikan ein zweitägiges Symposium statt mit hochrangigen Kurienvetretern, darunter die Kardinäle Arinze, Gantin, Etchegaray, Sodano und der Präsident von Pax Christi International, Kardinal *Godfried Danneels*. Ebenfalls dabei waren zwei der insgesamt vier für die Region

## Bosnien: Kirchen fordern einen gerechten Frieden

*Nur ein gerechter Frieden könne ein dauerhafter Frieden sein, betonen der Papst ebenso wie der CCEE und die katholischen Bischöfe Kroatiens und Bosnien-Herzegowinas in ihren jüngsten Appellen. Eine Lösung oder ein Friede für Bosnien-Herzegowina dürfe nicht auf der Grundlage von durch Gewalt erlangten Territorialgewinnen, ethnischer Vertreibung und anderen Verletzungen der Rechte von Minderheiten und souveränen Staaten gesucht werden.*

Seit nun 23 Monaten tobt der Krieg in Bosnien-Herzegowina – nie unterbrochen, aber begleitet von immer neuen Friedensinitiativen und -gesprächen, die nach dem Scheitern des Vance-Owen-Plans im April 1993 mit Hilfe verschiedener Teilungspläne eine Lösung des Konfliktes suchen. In dem Hin und Her von Entspannungs- oder Erschöpfungssignalen der Konfliktparteien, gebrochenen Waffenstillstandsabkommen, immer neuen Schreckensmeldungen und lange Zeit wirkungslos gebliebenen Drohgesten der internationalen Gemeinschaft werden kirchliche Stimmen nicht müde, den Krieg und mit ihm einhergehende Verbrechen zu verurteilen; hartnäckig mahnen sie die internationale Gemeinschaft zu ihrer Verantwortung, bzw. warnen vor den Folgen von Resignation und Untätigkeit für die gesamte

Balkanregion wie für die Zukunft der westlichen Zivilisation überhaupt.

Als „Gewissensprüfung für uns alle und für den Papst als ersten“ bezeichnete Johannes Paul II. den Krieg anläßlich seiner jüngsten Initiative: Im Rahmen der „Gebetswoche für die Einheit der Christen“ hatte der Papst den 23. Januar zum Tag des Gebetes für den Frieden auf dem Balkan, den Freitag zuvor zum Fasttag deklariert. Erneut rief er nach dem Angelus-Gebet an diesem Tag die Konfliktparteien auf, humanitäre Hilfe nicht zu behindern; die internationale Gemeinschaft mahnte er, die Angreifer zu entwaffnen und nichts unversucht zu lassen, was zu einem dauerhaften Frieden führen könnte. Seine Predigt bei der Messe im Petersdom, in der er zum wiederholten Mal die Rede von einem Religionskrieg zurückwies, jedoch die

des ehemaligen Jugoslawien zuständigen Nuntien, der Apostolische Nuntius in Kroatien, Erzbischof *Giulio Einaudi*, und der Pro-Nuntius in Belgrad, Erzbischof *Gabriel Montalvo*. Unter den geladenen Experten war unter anderem auch der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für die Menschenrechte im ehemaligen Jugoslawien, *Tadeusz Mazowiecki*. Ein am Ende der Tagung veröffentlichtes Kommuniqué warnte wiederum vor einem Frieden unter den Bedingungen verschärfter Nationalismen, verurteilte jegliche „ethnische Säuberungen“ und kritisierte die Behinderung der Flüchtlingshilfe und anderer humanitärer Aktionen.

### Die bedrohte Glaubwürdigkeit internationaler Organisationen

Kaum eine Gelegenheit – auch nicht die wöchentlichen Generalaudienzen – ließ der Papst in den letzten Wochen und Monaten aus, um die internationale Staatengemeinschaft vor allem an das Schicksal der Zivilbevölkerung zu erinnern, aber auch um die Bestrafung der Schuldigen am Krieg und der Kriegsverbrechen zu fordern. In seiner Weihnachtsbotschaft vor dem Segen „urbi et orbi“ hatte er die „unmenschliche Logik ethnischer Konflikte“, nach dem Angelusgebet am Neujahrstag die sträfliche Gleichgültigkeit der internationalen Gemeinschaft angeprangert.

In der traditionellen Ansprache an das Diplomatische Corps zu Beginn des Jahres beklagte Johannes Paul II. die Ratlosigkeit der Politik angesichts der „europäischen Widersprüche“, der Schwächung des „edlen Gemeinschaftsprojektes“ durch sich verschärfende Tendenzen des Partikularismus und primitiver rassistischer oder nationalistischer Denkweisen. Zugleich warnte er zum wiederholten Male vor dem drohenden Vertrauensverlust für die Organisationen Europas (Osservatore Romano, 16. 1. 94).

Bei seiner Ansprache an den Ministerrat der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit am 30. November letzten Jahres forderte der Papst: Die KSZE müsse weiterhin ein politisches

und moralisches Urteil über den Verlauf der jugoslawischen Krise abgeben. Nur so könne sie eine angesichts der unerträglichen Ereignisse skandalöse Gleichgültigkeit vermeiden und die Gesamtheit der Staaten in die Pflicht nehmen. Die KSZE habe die Aufgabe, die Voraussetzungen für eine globale und kontrollierte gemeinsame Sicherheit zu schaffen. Diese sei jedoch nie zu erreichen, wenn mit Gewalt erzwungene territoriale Gewinne anerkannt, wenn „ethnische Säuberungen“, die nichts anderes als Völkermord seien, Methode oder wenn die elementarsten Menschenrechte offen verletzt würden (Osservatore Romano, 2. 12. 93). Indessen dementierte der Erzbischof von Belgrad, *Franc Perko*, Berichte in serbischen Medien, die mit Verweis auf Radio Vatikan den Papst beschuldigten, er habe sich wiederholt für eine Bombardierung serbischer Stellungen in Bosnien ausgesprochen. Johannes Paul II. hatte den Granatwerferüberfall auf den Marktplatz in Sarajewo am 5. Februar als „durch nichts zu rechtfertigen“ verurteilt und die internationale Gemeinschaft aufgefordert, alles für einen „effektiven Waffenstillstand zu tun“. Perko selbst hatte das Nato-Ultimatum als „entschlossenen Schritt“ begrüßt, der dazu beitragen könnte, die Belagerung von Sarajewo zu beenden und weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden.

### Eine Teilung Bosniens abgelehnt

Daß ein dauerhafter Friede in Bosnien-Herzegowina nur Werk der Gerechtigkeit sein könne, bekräftigte auch die 24. Vollversammlung des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) in der Abschlusserklärung des Treffens Ende Januar in Simmern; dort hatten auch der Zagreber Erzbischof, Kardinal *Franjo Kuharić*, und der Erzbischof von Sarajewo, *Vinko Puljić*, über die Situation im ehemaligen Jugoslawien berichtet. In ihrer Erklärung äußerten die europäischen Bischöfe ihr Verständnis für die „Enttäuschung der Menschen in den

# Frühe Bibeldrucke auf Mikrofiche

Herausgeber: Prof. Dr. F. Büsser



Biblia Sacra . . . Antverpia:  
Chr. Plantinus, 1569-72.

Diese Serie wird insgesamt 300 veröffentlichte Bibeln und Bibelübersetzungen des 15. und 16. Jahrhunderts umfassen. Es ist die erste komplette Sammlung dieser Art, die auf einzigartige Weise von den Bemühungen mehrerer Generationen von Gelehrten, Künstlern, Herausgebern und Druckern zeugt, die das Buch der Bücher erstellten.

Die Serie enthält alle bedeutenden Ausgaben der Heiligen Schrift oder des Alten und Neuen Testaments in Originalsprache und darüber hinaus alle wichtigen Übersetzungen in die modernen europäischen Sprachen. In diesem Zusammenhang haben wir nicht nur Erstausgaben berücksichtigt, sondern auch spätere Ausgaben, die bemerkenswerte Änderungen enthalten.

Diese einzigartige Kollektion wird aus dem Besitz vieler europäischer Bibliotheken zusammengestellt.

Die Vervollständigung wird voraussichtlich einige Jahre in Anspruch nehmen.

**Derzeit sind 89 Bibeln erhältlich.**

Ein Supplement mit 80 Titeln wird im Frühjahr 1994 erhältlich sein.

**Auf Wunsch schicken wir Ihnen gern einen kostenlosen Katalog zu.**

 **IDC**  
Microform Publishers

Postfach 11205, 2301 EE Leiden,  
Niederlande Telefax 0031-71-13 17 21

Kriegsgebieten angesichts der Untätigkeit der Vereinten Nationen und der europäischen Staaten, das Morden und die Gewalt zu beenden“. Zugleich stellte sich der CCEE in seiner Erklärung hinter den gemeinsamen Aufruf der katholischen Bischöfe von Kroatien und Bosnien-Herzegowina, verfaßt bei einem Treffen am 26. Januar. Darin riefen die Bischöfe das Schicksal der umzingelten Orte Mittelbosniens in Erinnerung, in denen hauptsächlich Katholiken wohnten und verurteilten scharf die Behinderung humanitärer Hilfe.

Vor allem aber erhoben die kroatischen und bosnischen Bischöfe massive Vorwürfe gegen die Vereinten Nationen und die internationale Staatengemeinschaft: Für den vor drei Jahren Kroatien aufgezwungenen und nun in Bosnien-Herzegowina wütenden Krieg seien nicht nur diejenigen verantwortlich, die ihn um egoistischer Ziele willen initiiert hätten, sondern auch jene, die sich dem Verbrechen gegenüber gleichgültig verhielten oder legale Möglichkeiten nicht nutzten, ihn zu stoppen. Ein Frieden, der nicht die Unabhängigkeit und Freiheit eines jeden international anerkannten Staates, das Recht des Menschen auf Heimat und die Rechte und Freiheiten der Minderheiten in jedem Staat zur Bedingung habe und damit Ungerechtigkeit nicht richtigstelle, sondern die Ergebnisse von Gewaltanwendung anerkenne, könne kein gerechter Frieden von Dauer sein.

Mehrfach hatten sich kroatische wie bosnische Bischöfe auch grundsätzlich gegen jede Teilung Bosniens gewandt. Anlässlich eines Treffens mit dem kroatischen Staatspräsidenten *Franjo Tudjman* hatten die katholischen Bischöfe Bosniens in einer Erklärung Tudjmans Bosnien-Politik wie die der Vereinten Nationen und der Europäischen Union kritisiert: Alle Verhandlungen über die Zukunft von Bosnien-Herzegowina liefen auf eine Teilung hinaus. „Wir bedauern zutiefst, daß die Verhandler alle Appelle ignorierten und noch immer ignorieren, in denen wir Bischöfe von Bosnien-Herzegowina uns gegen eine Änderung der alten

Grenzen der Diözesen wenden und in denen wir uns gegen ein Verschwinden eines großen Teiles des kroatischen Volkes und der katholischen Kirche aus diesem Territorium wehren“. (Kathpress vom 19.1.94).

Einen dramatischen Appell an die internationale Gemeinschaft, endlich der Gewalt ein Ende und einem gerechten Frieden den Weg zu bereiten, hatten auch die kroatischen und bosnischen Bischöfe veröffentlicht, die an der Bischofsweihe von *Pero Sudar*, einem neuen Weihbischof für Sarajevo, am 6. Januar in der eingekesselten Stadt teilgenommen hatten.

Unterdessen hat sich, wie die Nachrichtenagentur Kathpress aus gut unterrichteten Kreisen erfuhr, die „beratende Konferenz“ des serbisch-orthodoxen Episkopates bei einer Sitzung

Mitte Februar gegen ein Treffen des serbisch-orthodoxen Patriarchen Pavle mit dem Papst ausgesprochen. Pavle hatte mehrfach sein Interesse an einem solchen Treffen bekundet, die Entscheidung darüber jedoch bewußt der Bischofskonferenz anheimgestellt. Auch Johannes Paul II. hatte, Anfang Februar durch den Belgrader Erzbischof erneut bestätigt, den Wunsch geäußert, noch vor Zagreb und Sarajevo Belgrad zu besuchen. Starke Widerstände gegen das Treffen zwischen Pavle und dem Papst von Seiten des Episkopates waren erwartet worden. Überdies sprachen kirchliche Quellen auch davon, der serbische Präsident *Slobodan Milošević* habe Pavle schriftlich davon in Kenntnis gesetzt, daß er einen Papst-Besuch in Restjugoslawien für „nicht angemessen halte“. A. F.

## ÖRK: Auf der Suche nach einer neuen Vision

*In vier Jahren kann der Ökumenische Rat der Kirchen sein fünfzigjähriges Jubiläum begehen. Bei der Tagung des Zentrallausschusses in Südafrika wurden jetzt Weichen für die Arbeit des Rates im Blick auf 1998 gestellt; das Bemühen um ein neues Profil ist noch in vollem Gang.*

Zu seiner ersten Tagung in der Amtszeit des neuen Generalsekretärs *Konrad Raiser* kam der Zentrallausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 20. bis 28. Januar in der Nähe von Johannesburg zusammen. Im Sommer 1992 hatte der Zentrallausschuß den deutschen Theologieprofessor und früheren ÖRK-Mitarbeiter Raiser zum Nachfolger von *Emilio Castro* gewählt (vgl. HK, Oktober 1992, 480ff.). Anfang 1993 trat der neue Generalsekretär des ÖRK sein Amt in der Genfer Zentrale an der Route de Ferney an. Im Rückblick auf die Amtszeit von Emilio Castro schrieb *Günter Gaßmann* (Ökumenische Rundschau, Heft 1/1993, S. 2): „Organisation, Management, energisches und beharrliches Verfolgen und Verwirklichen von

Konzeptionen gehören nicht zu seinen Stärken. Hier hinterläßt er seinem Nachfolger ein schlingerndes ökumenisches Schiff, das zudem noch von sehr allgemeinen ökumenischen Turbulenzen umgeben ist.“

Mit der Entscheidung für Konrad Raiser verband sich vielfach die Hoffnung, der erfahrene Ökumene- und ÖRK-Profi werde es am ehesten schaffen, das schlingernde Schiff wieder auf einen ruhigeren Kurs zu bringen. Zumindest in Ansätzen scheint das gelungen zu sein: Raiser wird attestiert, er habe den (in den letzten Jahren aus Kostengründen verkleinerten) Genfer Stab gut im Griff und bemühe sich um einen integrativen Führungsstil. Das Gesprächs- und Diskussionsklima habe sich verglichen mit früheren Jahren